

BERLIN AKTUELL

Newsletter von Patrick Schnieder MdB

Ausgabe 235 – 21. Mai 2021

Intro

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

eine arbeitsreiche und intensive Sitzungswoche geht heute zu Ende. Zum Beginn der Plenartage am Mittwoch stand der Nahost-Konflikt im Mittelpunkt der Debatte im Deutschen Bundestag. Im Rahmen einer aktuellen Stunde hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Raketenangriffen der Hamas auf Israel auf das Schärfste verurteilt. Terrorangriffe sind durch nichts zu rechtfertigen. Wir stehen fest an der Seite Israels. Der in der gestrigen Nacht in Kraft getretene Waffenstillstand ist ein gutes und wichtiges Signal. Er kann der erste Schritt sein, um eine diplomatische Lösung zu erreichen.

Die antijüdischen Demonstrationen in Berlin und anderen Städten vom vergangenen Wochenende schockieren mich. Ich finde es beschämend, dass es in Deutschland nach wie vor Antisemitismus dieses Ausmaßes gibt. Diesen, in Teilen eingewanderten Antisemitismus gilt es mit allen Mitteln des Rechtsstaates zu bekämpfen. Lippenbekenntnisse gab es in der Vergangenheit genug.

Darüber hinaus hat der Deutsche Bundestag in dieser Woche knapp zwei Dutzend Gesetze abschließend, teilweise bis tief in die Nacht, beraten. Das zeigt: die Koalition arbeitet bis zum letzten Tag der Legislaturperiode konstruktiv zusammen.

Ich wünsche Ihnen ein frohes Pfingstweekenende.

Herzliche Grüße
Ihr Patrick Schnieder

Schnellladegesetz bringt Schub für Elektromobilität

Mit dem Gesetz über die Bereitstellung flächendeckender Schnellladeinfrastruktur hat der Bundestag am Donnerstag den Weg für die Errichtung von 1.000 Schnellladestationen freigemacht. Zwei Milliarden Euro stehen hierfür bereit.

Die Verteilung der Mittel erfolgt über Ausschreibungen. So kann gewährleistet werden, dass der Ausbau nicht nur in für die Anbieter günstigen Gegenden wie Städten oder an Autobahnen

vorangeht, sondern auch im ländlichen Raum. Bei den Ausschreibungen sollen attraktive Gegenden mit eher weniger attraktiven Standorten zusammengelegt werden. So ist eine flächendeckende Verteilung der neuen Ladestationen gesichert.

Neue Rahmenbedingungen für autonomes Fahren

Gestern hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zum autonomen Fahren beschlossen. Bisher war es nur möglich, autonome bzw. führerlose Fahrzeuge im öffentlichen Straßenverkehr zu erproben. Das Gesetz geht nun deutlich darüber hinaus und ermöglicht einen Regelbetrieb. Künftig können autonome Fahrzeuge ohne einen physisch anwesenden Fahrer in festgelegten Betriebsbereichen des öffentlichen Straßenverkehrs im Regelbetrieb fahren. Die Potentiale der Technologie sind enorm und mit den neuen Rahmenbedingungen können diese einfacherer und besser ausgeschöpft werden.

Denkbar ist beispielsweise die Verwendung im öffentlichen Personenverkehr. Darüber hinaus sind auch Betriebsshuttles, die den Mitarbeiterverkehr übernehmen oder auch Fahrten zwischen medizinischen Versorgungszentren und Alten- beziehungsweise Pflegeheimen vorstellbar.

Deutschland ist damit weltweit das erste Land, das einen nationalen Rechtsrahmen für vollautomatisiertes Fahren schafft.

Bundestag beschließt Verbot von Kükentöten

Jedes Jahr schlüpfen rund 45 Millionen männliche Küken. Mehr als 40 Millionen dieser Küken werden aus ökonomischen Gründen von den Produzenten aussortiert und kurz nach dem Schlüpfen getötet, da sie keine Eier legen können und wenig Fleisch ansetzen. Der Bundestag hat in dieser Woche beschlossen, dass Töten von Küken ab dem 1. Januar 2022 zu verbieten.

Die Umsetzung des Verbots ist nun rechtssicher möglich, da Verfahren, die eine Bestimmung des Geschlechts im Ei ermöglichen, ausreichend erprobt sind. Mit diesen Verfahren ist es möglich, männliche Küken erst gar nicht schlüpfen zu lassen. Das zuständige Bundeslandwirtschaftsministerium hat in den vergangenen Jahren erhebliche Mittel bereitgestellt, um diese Verfahren zu erproben.

Mit dem Kükentötungsverbot nimmt Deutschland weltweit eine Vorreiterrolle im Sinne des Tierschutzes ein.

Mehr Infos: <https://www.bmel.de/DE/themen/tiere/tierschutz/tierwohl-forschung-in-ovo.html>

Neue Hochgeschwindigkeitstrasse für umweltfreundliches Reisen in Europa

In dieser Woche fand der vom Bundesverkehrsministerium initiierte Schienengipfel zwischen Deutschland, Tschechien und Österreich statt. Die drei Länder erklärten, dass sie eine Schnellbahnstrecke von Berlin über Dresden und Prag nach Wien ausbauen wollen. Die nur fünfstündige Verbindung soll Teil eines europäischen Netzes neuer Bahnverbindungen werden.

Die grenzüberschreitende Mobilität wird durch die beabsichtigte Integration des Deutschlandtakts in einen Europatakt erheblich verbessert.

Der Ausbau der Schiene ist ein zentraler Schritt, um die Klimaziele zu erreichen. Es gilt dabei, Anreize zum Umstieg vom Flugzeug auf die Bahn zu schaffen.

Mehr Infos: <https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/E/schienengipfel-2021.html>

32.500 Förderung für den Caritasverband Westeifel

Der Caritasverband Westeifel e.V. kann seine Fahrzeugflotte auf E-Mobilität umrüsten.

Das Bundesumweltministerium hat in der vergangenen Woche 32.500 Euro zugesagt, mit denen die Umstellung auf Elektromobilität bei der Caritas Westeifel gefördert wird. Mit dem Fördergeld soll die Beschaffung von sechs batterieelektrischen Neufahrzeugen sowie der Aufbau der Ladeinfrastruktur unterstützt werden. Die Caritas Westeifel ist ein sehr wichtiger Bestandteil der sozialen Dienste im Eifelkreis und im Landkreis Vulkaneifel. Mit Hilfe der Förderung aus dem Bund wird die ökologische Modernisierung des Sozial- und Gesundheitswesens in unserer Region einen großen Schritt vorangebracht.

Mit der Förderung im Rahmen des Flottenaustauschprogramms „Sozial & Mobil“ unterstützt das Bundesumweltministerium Organisationen und Unternehmen, die im Gesundheits- und Sozialwesen tätig sind, mit einem Gesamtvolumen von 200 Millionen Euro. Mehr als 273.000 Fahrzeuge sind derzeit in dieser Branche auf deutschen Straßen unterwegs – die Umstellung dieser Fahrzeugflotten auf E-Mobilität leistet also einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz.

Bundesförderung für Klimaschutz im Eifelkreis

Die Bundesregierung stellt dem Eifelkreis Bitburg-Prüm insgesamt 497.595 Euro für den Klimaschutz bereit. Die Förderung erfolgt im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI), mit der innovative Ansätze und Konzepte zur Verankerung des Klimaschutzes vor Ort vorangetrieben werden.

Der Kreistag des Eifelkreises Bitburg-Prüm hatte im November 2019 den Beschluss gefasst, die bisherigen Klimaschutzmaßnahmen zu verstetigen und ein integriertes Klimaschutzmanagement einzuführen. Unter Beteiligung der kreisangehörigen Kommunen entsteht zu diesem Zweck der Klimaschutzpakt Eifelkreis. Die Förderzusage aus Berlin ist eine hervorragende Nachricht für die Menschen in der Eifel. Mit rund einer halben Million Euro beteiligt sich der Bund an lokalen Lösungen im Eifelkreis.

Mit den Bundesmitteln wird es zunächst möglich sein, drei Klimaschutzmanager einzustellen, die passgenaue Klimaschutzmaßnahmen und ein übergeordnetes Klimaschutzkonzept für den Eifelkreis entwickeln. Ein Arbeitskreis Klimaschutz, der auch die Bevölkerung und externe Experten einbinden soll, wird die Erarbeitung und spätere Umsetzung des Konzeptes begleiten.

Insgesamt ist eine Projektlaufzeit von zwei Jahren vorgesehen. Nach 18 Monaten soll bereits die erste Klimaschutzmaßnahme umgesetzt werden.

Impressum gem. § 5 TMG :
Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Patrick Schnieder MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
E-Mail: info@patrick-schnieder.de

